

Kurt Edler

Die Schule der Gegenwart im Fokus menschenrechts- und demokratiefeindlicher Strömungen

Ein Beitrag für PROvention Schleswig-Holstein

Wenn es um Menschenrechte und kulturelle Vielfalt in der Schule geht, dann müssen wir uns die Situation der Schule in ihrer globalisierten Umgebung vor Augen führen. Globalisierung ist ein Phänomen, das in aller Munde ist und sich dennoch ebenso wenig mit einem markigen Satz bewerten lässt wie das Internet oder die Elektrizität. Denn es geht, näher betrachtet, sowohl um die Globalisierung von Informationen, Wissen und Bildung als auch um so verschiedene Dinge wie die Finanz- und Verkehrsströme, die technologische Entwicklung inklusive der Militärtechniken und um die Entwicklung von Lebens- und Gesundheitsstandards. Vor allem aber, und das hat uns als Pädagoginnen und Pädagogen besonders zu interessieren, geht es um die **Universalisierung von Menschenrechts- und Demokratiestandards**. Überall auf der Welt informieren sich Menschen über Ideale und über erreichte Standards an Freiheit und Gerechtigkeit; überall runzeln Diktatoren die Stirn über den Zugang ihrer Untertanen zum Internet; und überall erscheinen neue Fremde, ob nun als Flüchtlinge, Touristen oder als Investoren.

Unter den Diktaturen des ehemaligen „Ostblocks“ entfesselt sich heute eine kapitalistische Modernisierung ungeheuren Ausmaßes, die umso ungenierter vorangetrieben werden kann, als es in den sozialistischen Staaten kein Recht auf Eigentum gab und Bauern dort heute ebenso brutal von ihrem Land vertrieben werden können, wie

Karl Marx es als „ursprüngliche Akkumulation“ für das England des 16. und 17. Jahrhunderts beschrieben hat¹. Eine neue, beunruhigende Erscheinung macht sich in China und anderswo breit: **Wohlstand ohne Freiheit**, getragen durch eine anwachsende Mittelklasse, die nie etwas anderes als **blinde politische Unterwerfung** kennengelernt hat. Das ist das Neue an unserer Epoche: selbstbewusste, technologisch moderne Diktaturen treten auf die Weltbühne und fordern die Demokratien heraus.

Mit der Modernisierung werden alte Traditionen hinweggefegt, und mit ihnen auch die **Herrschaft eines überkommenen Patriarchats**, das sich bisher auf kulturelle und religiöse Hierarchien stützen konnte. Weltweit hatten Frauen und Mädchen noch nie einen so hohen Bildungsstand wie heute, und überall ist die **Emanzipation der Frau** auf dem Vormarsch. Indikator dafür ist bekanntlich eine sinkende Geburtenrate. Selbst unter reaktionären Regimen wie in Saudi-Arabien gibt es Anzeichen für die Verbesserung der Situation von Frauen. In Ländern wie Pakistan und Bangladesh kommen Vergewaltiger vor Gericht oder werden Opfer einer Lynchjustiz; d.h. dort, wo eine „Rule of Law“ noch nicht greift, entlädt sich ein nie gekannter Volkszorn über Gewalt gegen Frauen. In patriarchal geprägten Religionsgemeinschaften wie der katholischen Kirche gibt es Diskussionen um das Priesteramt für Frauen. Das sind nur

¹¹ Karl Marx: Das Kapital. Band I. 24. Kapitel. Berlin Ost (Dietz) 1949.

ein paar Schlaglichter; sie mögen hier ausreichen, um meine **Kernthese** zu untermauern. Sie lautet: **Der Islamismus ist nicht zuletzt die aggressive Reaktion eines um sich schlagenden Patriarchats aus Angst vor dem Verlust alter Herrschaft.** Der französische Demograph und Soziologe Emmanuel Todd hat übrigens schon anfangs des letzten Jahrzehnts eine weltweite Auseinandersetzung um die Gleichstellung der Geschlechter vorhergesagt².

Die „Globalisierung religiöser Gewalt“, so der Titel einer breit angelegten Untersuchung des kalifornischen Forschers Juergensmeyer³, ergreift seit den 60er Jahren so gut wie alle Religionen. Als politisierte Religion macht sich im arabischen Raum, Nordafrika und Asien jedoch **vor allem der Islam** bemerkbar. An der Basis der Gemeinden und ihrer Moscheen gibt es Radikalisierungsprozesse, die in der Regel gegen die alten religiösen Autoritäten und den friedfertigen Mainstream-Islam gerichtet sind. Sie zielen darauf ab, den Imamen die junge Generation abspenstig zu machen und sie für eine **Utopie der totalen Herrschaft** zu gewinnen: den „**Gottesstaat**“. In ihm bilden eine Einheit, was in Europa seit den Religionskriegen getrennt ist: Religion und politische Herrschaft.

Diese Prozesse werden maßgeblich von denjenigen vorangetrieben, die man hierzulande heute gern „Salafisten“ nennt und die ich lieber, wie im internationalen Sprachgebrauch üblich, weiterhin als **Islamisten** bezeichnen möchte. Sie sind, salopp gesagt, „auf Krawall frisiert“ und treten auch in Schulen und Jugendeinrichtungen gern als die „wahren Muslime“ auf. Ihre Botschaft ist nicht der Frieden, son-

dern eine Kampfansage an „die Ungläubigen“ und ihr System, den „Westen“. In der Indoktrination anderer junger Menschen knüpfen sie dabei gern an deren Erfahrungen an und deuten sie, wo es sich konstruieren lässt, als „Beweis“ für die „Demütigung aller Muslime“ - aus ihrer Sicht ein Beweis für die Herrschaft der „Ungläubigen“. Zu diesen zählen sie auch all jene Muslime, die ihre radikale Weltsicht nicht teilen. Die Radikalsten unter den Radikalen rechtfertigen offen oder kaum verhohlen auch den Terrorkrieg des IS.

Das berührt das Thema Diversität in mehrfacher Weise. Für den Islamisten gibt es keine Freiheit der Lebensstile und Überzeugungen. Er vertritt eine geistige Monokultur und eine religiöse Despotie. Aber dennoch setzt die islamistische Agitation auf Differenz; auf die kämpferisch vorgetragene Differenz gegenüber der universellen Norm der Menschenrechte. Eine interkulturelle Orientierung, die diesem agitatorischen Muster gegenüber naiv bleibt, ist in Gefahr, sich zur Verteidigerin der falschen Sache zu machen. So haben wir in Hamburg erlebt, dass eigentlich durchaus fortschrittliche Nichtregierungsorganisationen junge Menschen darin unterstützt haben, sich auf der Basis religiöser Vorbehalte von der Schulbildung auszuschließen.

Schulen und Jugendeinrichtungen stehen der neuen Konfrontation häufig hilflos gegenüber, zumal sie sich meistens bisher gar nicht mit politischem oder religiösem Radikalismus auseinandersetzen mussten. Viele Lehrkräfte, besonders solche, die sich zu keiner Religion bekennen oder sogar bewusst areligiös und atheistisch leben wollen, sind durch Formen konfrontativer Reli-

² Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf. München (Piper) 2003. Bes. S. 172 ff.

³ Mark Juergensmeyer: Die Globalisierung religiöser Gewalt. Bonn (bpb) 2009.

gionsbekundung überfordert. Zu beobachten sind bei SchülerInnen und Auszubildenden **Verhaltensmuster und Äußerungsformen** wie folgende:

- Forderung von Gebetsräumen in der öffentlichen Einrichtung
- Forderung von Gebetsmöglichkeiten während der Unterrichtszeit
- Schwere religiöse Kleidung im Konflikt mit den Anforderungen der Fächer (Sport, Schwimmen, Chemie, Theater, Arbeitslehre usw.)
- Gesichtsverhüllung bei Mädchen und jungen Frauen
- Nichtteilnahme an Schulfahrten und geselligen Feiern
- Infragestellung wissenschaftlicher Bildung (Sexualkunde, Abstammungslehre...)
- Ablehnung von nichtislamischen Kulturzeugnissen und Einrichtungen
- Missionierungsversuche unter Gleichaltrigen
- Religiöses Mobbing gegen andere junge Menschen mit muslimischem Hintergrund
- Anwerbung von Mitschüler_innen für als Religionszirkel getarnte Organisationen
- Terroristische Propaganda und Rekrutierung via Social Media

Für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten in den Bildungseinrichtungen ist es notwendig, dass *alle* Lehrkräfte ein Mindestmaß an extremismuspräventiven Kompetenzen erwerben. Aber auch Kultusministerien, Schulämter und Schulleitungen müssen selber **die neue Ideologie und Strategie studieren und durchschauen** sowie ihrem Einfluss Aufmerksamkeit schenken. Unerlässlich sind

dabei eine **Grundrechtsklarheit** und die Fähigkeit, Verfassungsgüter gegeneinander abzuwägen. Religiös-radikale Jugendliche stellen die Religionsfreiheit laut Art. 4 GG gern über alles andere und haben keine Wertschätzung für das Menschenrecht, ohne Religion zu leben, oder für andere Weltanschauungen. Jede pädagogische Fachkraft muss daher in der Lage sein, die Menschenrechte und die Grundsätze des demokratischen Verfassungsstaats zu erläutern, zu verteidigen sowie das eigene Handeln auf diese Werte zu beziehen. Erschrocken blicken wir jedoch in ein riesiges Loch: Es gibt keine Demokratiebildung für alle Lehrkräfte.

In diesen ungemütlicheren Zeiten kommt die Schule nicht darum herum, die **Grenzen der Toleranz** klar zu ziehen. Ihren inneren Frieden jedoch kann sie nur bewahren, wenn sie nicht nur grundrechtsklar, sondern auch pädagogisch sensibel handelt und in dem jungen Radikalen immer zugleich auch den **Schutzbefohlenen** sieht, den wir vor einem Abgleiten in einen - eventuell tödlichen - politischen Sumpf bewahren müssen. Das kann sie am besten, wenn im eigenen Kollegium ein hohes Maß an **demokratiebewusster Interkulturalität** vorhanden ist und auch gelebt wird. Interkulturalität umschließt jedoch auch immer das **Gespür für Diskriminierung und Benachteiligung** - subjektiv oder strukturell. Eine Schule mit siebzig Prozent Kindern kulturelmuslimischer Herkunft, die nur Advent und Weihnachten feiert, hat ein Problem; sie ist in einer ganz basalen Frage exklusiv. Das jedoch kann einer Radikalisierung in ihrer Schüler- oder Elternschaft ungewollt in die Hände arbeiten.

Viele religiös gefärbte Konflikte haben eine **Gender-Dimension**. Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt dieses Beitrags. Zwar

sind unter den radikalisierten Jugendlichen bis zu 20 % Mädchen und auch nicht wenige Konvertiten. In aller Regel jedoch ist besonders der **männliche migrante Jugendliche mit schwieriger Schullaufbahn** und evtl. auch „dicker Schülerakte“ einer islamistischen Vereinnahmung am leichtesten erlegen. So radikalisierte junge Menschen kommen überraschenderweise fast nie aus einem religiös aktiven, instruierten muslimischen Elternhaus. Meistens gehen sie diesen problematischen Weg sogar ohne genaues Mitwissen ihrer Eltern. Die islamistische Selbstorganisation hat sektenhafte Züge. Sie fördert die Herauslösung aus alten Freundeskreisen und die starke emotionale Bindung an die Gruppe und deren Wortführer. Zugleich werden die Mitglieder zum Schweigen gegenüber Familie und Lehrpersonal aufgefordert. Der islamistische Extremismus ist noch viel un-tergründiger und lebensweltlicher als der Rechtsextremismus. Während man diesen immer auch an seinen Aufklebern, Tags und Flugblättern erkennt, verbreitet sich die islamistische Ideologie und Rekrutierung fast ausschließlich über digitale Medien und Netze.

Heraus erwächst den **pädagogischen Bezugspersonen** eine besondere Herausforderung, aber auch eine große Verantwortung. Nicht nur, dass sie medial auf der Höhe der Zeit sein müssen. Mit der eigenen Inkompetenz in Sachen Social Media zu kokettieren, ist mit pädagogisch-präventiver Professionalität unvereinbar. Noch viel wichtiger ist jedoch der Grundsatz: Erziehungsarbeit ist Beziehungsarbeit. Pädagogische Bezugspersonen müssen den Kontakt zum gefährdeten Jugendlichen halten, auch wenn er sich durch sein Eiferertum, seine Monothematik, seine Verschwörungstheorien und seine dschihadistische Kampfvision als kaum zugänglich erweist.

Wir wissen aus der Terrorforschung und aus der Entwicklungspsychologie, wie lebensentscheidend selbst der „Draht“ zu einer *einzig* differenziert argumentierenden und gelassen und vernünftig bleibenden erwachsenen Person sein kann. Es gehört zu unserem pädagogischen Ethos, niemals einen jungen Menschen „abzuschreiben“, und zu unserer pädagogischen Kompetenz, die Anfänge einer Radikalisierung frühzeitig zu erkennen. Deshalb müssen wir die Grundschul- und die Kita-Praktikerinnen mit einbeziehen. Eine der spannendsten und am wenigsten geklärten Fragen ist, was in der Entwicklung eines Kindes geschehen muss, damit frühzeitig eine **Immunisierung gegen die totalitäre Versuchung** stattfindet. Wir müssen uns also Gedanken machen über das, woran die „politische“ Extremismus-Prävention später anknüpfen können muss - in einem Alter, in dem es noch gar nicht um Ideologie geht. Wenn ein Grundschulmädchen zum anderen sagt: „Wenn du kein Kopftuch trägst, kommst du in die Hölle“, dann müssen wir darin einen Eingriff in die weltanschauliche Selbstbestimmung sehen, der mit Art. 4 GG und mit Art. 18 der UN-Menschenrechtscharta kollidiert - und den Vorgang pädagogisch bearbeiten. Tun wir das nicht, dann gestatten wir den Einzug von Unterwerfungspraktiken peer-to-peer in die Schule. Wie viele Lehrkräfte merken bei dem soeben erwähnten Vorgang, dass es außerdem gar nicht mit der muslimischen Praxis übereinstimmt, wenn im vorpubertären Alter religiöse Kleidung erzwungen wird? Der Psychologe und Islamismusexperte Ahmad Mansour hat dies zu Recht als „Sexualisierung“ bezeichnet, weil die Weiblichkeit des kleinen Mädchens gerade durch das Kopftuch künstlich herausgestellt wird.

Islamistische Strategien reiben sich an den Normen der demokratischen Institutionen,

aber sie laufen auch auf horizontale Menschenrechtsverletzungen hinaus. Dabei werden auch Grundschulkinder schon instrumentalisiert - zumeist von ihren radikal-religiösen Eltern. Eine Schlüsselfrage der Islamismus-Prävention ist es daher, jene große Zahl an jungen Menschen, denen die Menschenrechte und die Demokratie am Herzen liegen, für eine **Prävention unter Gleichaltrigen** zu gewinnen und zu diesem Zweck auch neue Formen der Selbstorganisation zu fördern. Wenn in Ihrer Schule oder Einrichtung junge Leute zu Ihnen kommen, die sich Sorgen um bestimmte Gleichaltrige oder auch um die demokratischen Freiheiten an der Schule machen, bieten Sie Ihnen die Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ an! Es ist nicht verkehrt, das Grundgesetz einmal wieder in die Hand zu nehmen und nachzuschauen, wie es um

die Verteidigung seiner Werte im Alltag der Bildungsinstitution bestellt ist. Ein solch elementares Bemühen kann den **Anfang eines politischen Engagements** bilden, das von der Leitung und anderen Verantwortlichen unbedingt unterstützt werden sollte. Denn nichts ist wertvoller in der Auseinandersetzung mit totalitären Anschauungen und Strategien als eine stabile demokratische Persönlichkeit, die im Zweifelsfalle auch den Konflikt nicht scheut.

Der Autor war 2004-15 als Referatsleiter am Landesinstitut für Lehrerbildung in Hamburg für Extremismus-Prävention zuständig und ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. Im Auftrag der Kultusministerkonferenz koordiniert er die Zusammenarbeit mit dem Programm „Education for Democratic Citizenship and Human Rights“ beim Europarat.

Kontakt: edler@degede.de